

Sozial-ökologische Umbauperspektiven in Politik und Gesellschaft

Ulla Lötzer

Die Umweltkrise ist neben der Wirtschafts- und Finanzkrise eine weitere Facette des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Es sind dieselben Mechanismen und Triebfedern, die gleichermaßen zu einem Raubbau an der Natur, zu wachsender Ungleichheit und Armut führen und die auch zukunftsfähige Beschäftigungschancen vor allem im Bereich der industriellen Wertschöpfung bedrohen. Wir brauchen ein neues Verständnis von Industriepolitik, das Effizienzsteigerung mit absoluten Grenzen des Energie- und Ressourcenverbrauches verbindet, Recycling und Rohstoffsubstitution auch durch Produktpolitik (z.B. Ökodesignrichtlinien) verbindlich fördert, eine aktive Strukturpolitik betreibt, die Marktmacht des Staates in der öffentlichen Beschaffung nutzt und Forschung konsequent in diesem Sinne ausbaut.

Gesellschaftliche Wohlfahrt ist nicht allein monetär bestimmt, sondern vielfältig dimensioniert. Folgerichtig greift das Bruttoinlandsprodukt als Indikator für den Wohlstand eines Landes zu kurz. Statt immer mehr Reichtum für wenige Menschen geht es um ein gutes Leben für alle. Das bedeutet auch eine gesellschaftliche Umverteilung von Vermögen, Arbeit und Einkommen.

Die tiefgreifende Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft kann nicht von oben verordnet werden. Die Menschen müssen sich an den Diskussionen und Entscheidungen, die ihr Leben verändern werden, selbst aktiv und wirkungsvoll beteiligen können. Eine umfassende Demokratisierung ist deshalb eine notwendige und zwingende Voraussetzung eines sozialen und ökologischen Umbaus von Industrie und Gesellschaft.